

„Schwarzer Freitag für die Straßenkatzen“

Rat spricht sich gegen ein Kastrationsgebot für freilaufende Katzen aus

Das seit einem Jahr heiß diskutierte Thema Kastrationsgebot in Göttingen fand auf der Ratssitzung am 25.02.2011 ein für die Tierschützer verheerendes, aber vorhersehbares Ende.

Während bundesweit immer mehr Kommunen angesichts des drohenden Kollapses der Tierheime bereits mit Hilfe eines Gebotes handeln, wurde in Göttingen beschlossen, dem Problem der vielen Straßenkatzen zukünftig mit einem Appell Herr zu werden. Dabei arbeiten Tierärzte und –freunde seit Jahren damit – ohne Erfolg!

Die Lage ist Ernst: In der Region sind alle Pflegestellen belegt, die Heime voll und jeder Katzenhalter hat seinen Bestand aus Mitleid und mangels Alternativen bis an die Schmerzgrenze aufgestockt. Demnächst wird der Nachwuchs 2011 an die Tore der Heime klopfen. „Das Katzenhaus Luttertall erhält von der Stadt keinerlei Zuwendungen und springt für das stets überfüllte Tierheim regelmäßig ein. Die Kapazitäten des Tierheims Göttingen reichen bei weitem nicht aus, die Spitzenzeiten im Frühjahr und Herbst abzudecken. Die Stadt muss sich auch an den Kosten für die Unterbringung dieser Tiere im Katzenhaus Luttertall beteiligen“ so Gabriele Missalla vom Bund gegen Missbrauch der Tiere, der das Katzenhaus, das sich ausschließlich über Spenden finanzieren muss, betreibt. Der Tierheim-Test des GT vom 25.01.11 und die dazu eingegangenen Leserbriefe zeigen, wie sich die Stadt Göttingen Tierschutz vorstellt.

Die Veterinäre von Göttingen haben sich im Rahmen einer Unterschriftenliste den Forderungen der Tierschützer nach einem Kastrationsgebot entsprechend dem Paderborner Modell und damit dem von der CDU eingebrachten Antrag angeschlossen, denn auch sie kämpfen tagtäglich gegen das Elend der Samtpfoten. Die rechtliche Verpflichtung der Kommune zu handeln und das Scheitern von Appellen wurden aufgezeigt, Rechtsgutachten zur Umsetzung liegen vor. Dennoch scheuen SPD und Grüne verantwortungslose Tierhalter in die Pflicht zu nehmen. Hier sollen Ehrenamtliche und Steuerzahler die Zeche zahlen. Eine immer wieder gern versuchte Differenzierung zwischen Streuner und Fundtier – nur für letztere sieht die Stadt ihre Zuständigkeit - ist an den Haaren herbeigezogen und wenig hilfreich, da in der Praxis faktisch eine Unterscheidung nicht möglich ist. Hinzu kommt, dass die Tierschützer in einer rechtlichen Grauzone arbeiten. „Was sollen wir tun, wenn auf einmal Nachbars Mieze bei einer Kastrationsaktion auf dem OP-Tisch landet, da keiner sie erkannte? Hier drohen uns sogar Anzeigen“ so Rudolf Stenzel von der Katzenhilfe Göttingen e.V. (SOS-Straßenkatzen), die im Übrigen auch keinerlei finanzielle Unterstützung von der Stadt erhalten.

Während die Opposition in Berlin sich für ein entsprechendes Gebot in Anträgen und Wahlprogrammen einsetzt, will man auf lokaler Ebene davon nichts wissen und blockiert die inhaltsgleiche Initiative des politischen Gegners. Hier zeigten die Paderborner politische Größe resp. Reife: Es war ein Antrag der SPD, der parteiübergreifend zum Wohle der Tiere zur Einführung des Kastrationsgebotes führte. Mit dem Hinweis, dass momentan kein Geld da ist, möchte man das Problem in Göttingen aussitzen und auf eine mögliche bundeseinheitliche Regelung warten. In der Zwischenzeit vermehren sich die Katzen aufgrund ihrer Fortpflanzungsfähigkeit fleißig (heute: ein Katzenpaar, in 5 Jahren: über 12.500 Katzen). In wenigen Jahren wird ein Vielfaches an Kosten für die Unterbringung in Tierheimen sowie für Kastrationen etc. fällig werden. Mit Hilfe des Gebotes könnten auch Fundtiere schneller zurückvermittelt werden, was das Tierheim und das Katzenhaus Luttertall finanziell entlasten würde. Es ist auch unsinnig zu glauben, dass der Bund den Kommunen im Fall eines einheitlichen Gebotes Mittel zur Verfügung stellen wird. Nachhaltiges Wirtschaften ist das nicht!

Dass eine Universitätsstadt, die sich immer wieder ihrer großen Dichter und Denker rühmt, sich auf so beschämende Weise gegenüber dem wachsenden Tierelend verhält, ist mehr als schändlich. „Für uns, die ehrenamtlich tätigen Tierfreunde, ist die Entscheidung ein Schlag ins Gesicht“ sagt Bettina Bruder vom TSV Friedland u.U.. „Wir werden bei der kräftezehrenden Arbeit im Stich gelassen – trotz

endloser Appelle der Politik zu mehr Bürgerengagement. Da hilft auch keine Ehrenamtkarte.
Ertrinkenden wirft man einen Rettungsring zu und spendiert ihnen nicht ein Freikarte fürs Freibad!“

Fotounterschrift:

Rudolf Stenzel (Katzenhilfe Göttingen e.V.) mit seinen enttäuschten Straßenkatzen Rosie Baade & Bettina Bruder vom TSV Friedland u.U. e.V. sowie Gisa Thalenhorst & Gabrielle Missalla vom bmt Katzenhaus Luttertall: „Wir beerdigen heute den Tierschutz in Göttingen“